

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

April 1985

Evangelische Verantwortung

Heft 4/1985

Das „Wort zum Frieden“ – Ein Wort zur Versöhnung – Freiheit aus der Botschaft des Evangeliums –

Albrecht Martin

Das „Wort zum Frieden“, das der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 40. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges gemeinsam formuliert haben und gemeinsam verantworten, ist zunächst einmal Anlaß zu Freude und Dankbarkeit. Wer in erster Linie feststellt, was aus seiner Sicht differenzierter behandelt hätte werden sollen, oder was er überhaupt vermißt, kann dem „Wort zum Frieden“ nicht gerecht werden.

Dieses „Wort zum Frieden“ kann vom Leid in Vergangenheit und Gegenwart sprechen, ohne sich vom Leid überwältigen zu lassen; es spricht von der Schuld, die Deutsche auf sich geladen haben, ohne damit die Maßnahmen der Sieger von 1945 zu rechtfertigen; es weist auf die Nöte und Aufgaben der Gegenwart hin, ohne durch praktische Vorschläge in die tagespolitische Diskussion einzugreifen. Vor allem

aber: Hier wird im Hören auf die Botschaft des Evangeliums die Freiheit gewonnen, sich der Frage unserer Geschichte zu stellen und sich zugleich in die Verantwortung angesichts der Probleme der Gegenwart und der Aufgaben im Blick auf die Zukunft rufen zu lassen. Und das geschieht durch Vertreter von Evangelischen Kirchen, die in zwei Staaten leben, deren Unterschied durch den Hinweis auf die unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen nur höchst unzulänglich umschrieben wird; das wissen wir alle, und in der Bundesrepublik Deutschland kann man das auch offen aussprechen.

In dieser Tatsache, an der kirchliche Äußerungen nicht vorbeigehen können, mag es auch begründet sein, daß zwar die Forderung nach Überwindung des Systems der nuklearen Abschreckung formuliert wird, aber die Ursachen der Spannungen, die den Frieden bedrohen, nicht in die Überlegungen einbezogen werden. Unter den gegebenen Verhältnissen kann Kirche, will sie gemeinsam reden, das Problem der Freiheit im politischen Raum nicht unmittelbar ansprechen; sie tut es gleichwohl in der ihr gemäßen Weise, indem sie immer wieder auf das Evangelium verweist, auf dem alle Freiheit gründet, letzten Endes auch die politische.

Hier setzt nun die Aufgabe des Christen ein, der in politischer Verantwortung steht. Er hat in der Bundesrepublik Deutschland die Pflicht, aber eben auch die Möglichkeit, behutsam und doch deutlich die Linien, die im Wort der Kirchen angesetzt sind, in den politischen Bereich weiter auszuziehen. Er wird die Mahnung hören, dem Aufbau von Feindbildern zu wehren, aber doch auch vor den Gefahren warnen, die von totalitären Staaten für Freiheit und Frieden ausgehen. Er wird die Pflicht und die Notwendigkeit zum Frieden mit aller Konsequenz ernst nehmen und ebenso darauf hinweisen, daß Frieden nicht dadurch gesichert



wird, daß man bestehendes Unrecht hinnimmt oder die durch solches Unrecht geschaffenen Verhältnisse ein für allemal festschreibt, vielmehr friedlicher Veränderung zum Besseren geduldig Raum schaffen. Er weiß, daß vor Gottes richtendem und vergebendem Wort alle Staaten schuldig sind, wird aber doch alles daransetzen, für die Menschen unseres Staates Frieden in Freiheit zu sichern und für diese hohen Güter allenthalben eintreten. Und darum kann er auch nicht aufhören, am Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes – wie der anderen Völker – festzuhalten.

Mit all dem korrigiert der Politiker nicht das Wort der Kirchen, sondern er nimmt es gemäß der ihm auferlegten Verantwortung auf. Indem er das tut, weist er – gerade aus seiner Erfahrung – nachdrücklich und zugleich warnend darauf hin, daß – so gewiß Gott in Christus die Welt mit sich selber versöhnte – wir noch auf dem Wege sind. Wir können in unserem eigenen Handeln auf Gottes Zukunft hinweisen – wir können sie nicht herbeiführen. Vielleicht ist dieser Hinweis nicht der unwichtigste Dienst, den heute der Politiker seiner Kirche leisten kann.

Wort zum Frieden

Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) veröffentlichten zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges das folgende gemeinsame „Wort zum Frieden“

Am 8. Mai 1945 ging der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende. Seine Zerstörungen traten vielen Menschen erst zu diesem Zeitpunkt in ihrem ganzen Ausmaß vor Augen: Mehr als 40 Millionen Tote, verwüstete Dörfer und Städte in den unmittelbar vom Krieg betroffenen Ländern, vor allem in der Sowjetunion, in Polen, in Frankreich und in Deutschland. Die erschreckenden Berichte über das, was in den Konzentrationslagern und in den besetzten Ländern im Namen der Deutschen geschehen war, zeigten jetzt unausweichlich jedem, welch verbrecherisches Regime in Deutschland diesen Krieg ausgelöst und unbarmherzig zu Ende geführt hatte. Entsetzt stand die Welt vor dem Judenmord. Unter dem Wort Gottes erfuhren viele Christen als Gericht Gottes, was jetzt geschah: Deutschland wurde in Besatzungszonen geteilt. Ungezählte Soldaten gingen den Weg in die Gefangenschaft. Viele Flüchtlinge konnten nicht in ihre Heimat zurückkehren. Viele mußten erst jetzt die Heimat verlassen. Wer überlebte, hatte Jahre des Hungers vor sich. Manchen traf bittere Erniedrigung. Unterschiedlich nahmen die betroffenen Menschen das Geschehen auf. Für die einen war es der Zusammenbruch. Viele andere erfuhren es als Befreiung. Für die meisten war es beides zugleich.

Stuttgarter Schuldbekennnis

Viele Fragen bedrängen die Menschen: Wie werden wir mit der Schuld der Vergangenheit fertig? Wie können wir dabei mitarbeiten, die Wunden des Krieges zu heilen? Wie können wir dazu helfen, daß nach allem Greuel und dem dadurch entfachten Haß Wege der Versöhnung zwischen den Völkern Europas gebaut werden? Wo finden wir Orientierung? Aus der Betroffenheit über die abgrundtiefe Schuld wuchs im Hören auf Gottes Verheißung der Dank für das eigene Überleben in der Hölle der Vernichtung und die Gewißheit, das Leben von Gott neu geschenkt erhalten zu haben. Wenige Monate nach dem Kriegsende trafen sich in Stuttgart Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Repräsentanten der Ökumene und erklärten: „Wir sind für diesen Besuch um so dankbarer, als wir uns mit unserem Volk nicht nur in einer großen Gemeinschaft des Leidens wissen, sondern auch in einer Solidarität der Schuld. Mit großem Schmerz

sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über die Völker und Länder gebracht worden.“

Heute, 40 Jahre nach dem Kriegsende, bezeugen wir mit großer Dankbarkeit: Gott hat aus dem Bekenntnis unserer Schuld neue Gemeinschaft zwischen Christen und zwischen christlichen Kirchen wachsen lassen. Staunend haben wir Zeichen der Versöhnung erfahren. Durch die Versöhnungsbereitschaft der Nachbarvölker hat sich ein neues Verhältnis entwickelt. Die nachgewachsenen Generationen vermögen einander unbefangen zu begegnen. 40 Jahre leben wir in Frieden. Wir konnten unsere Städte und Dörfer aufbauen und uns neue Lebensgrundlagen schaffen. Rückschauend erfahren wir das Kriegsende als Befreiung zu neuem Zeugnis von Gottes Gnade und zu neuem Dienst an Gottes Welt. Wir können aber nicht die Augen davor verschließen, daß in diesen 40 Jahren der Friede bedroht geblieben ist. Die gequälte Menschheit hat nicht Genesung gefunden, wie es die Stuttgarter Erklärung von 1945 erhoffte. Auch die nicht mehr unmittelbar am Zweiten Weltkrieg beteiligten Generationen haben seine Folgen zu tragen. Noch schwelen Mißtrauen und Furcht der Nachbarvölker. Die Verbündeten von einst haben sich getrennt. Zwei mächtige Militärbündnisse mit unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen stehen sich hochgerüstet gegenüber. Auf deutschem Boden bestehen zwei deutsche Staaten, deren Grenze zugleich die Grenze zwischen Ost und West geworden ist. Sie sind fest innerhalb ihrer Bündnis- und Wirtschaftssysteme gebunden und gleichzeitig einbezogen in die Verantwortung für die Lösung der großen Weltprobleme: die Erhaltung des Friedens für alle Völker, das Ringen um Gerechtigkeit und die Beseitigung des Hungers.

Auch in den evangelischen Kirchen sind wir in den zurückliegenden vier Jahrzehnten Fehleinschätzungen erlegen. Wir haben nur schwer gelernt, zu erkennen, welcher Weg uns geboten war. Es wurde uns schwer, die Realität zweier deutscher Staaten anzunehmen. Aber wir haben erkannt: Die Erhaltung des Friedens hat den Vorrang vor allem anderen. Es wurde uns schwer, die organisatorische Einheit der deutschen evangelischen Kirchen aufzugeben. Aber nur so war es möglich, unter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen Zeugnis und Dienst eigenständig auszurichten. Wir haben lange gebraucht, Vorurteile und feindliche Einstellungen gegenüber den Siegermächten von 1945 zu überwinden und an Wegen zu neuem Vertrauen mitzubauen. Wir haben lange gebraucht, bis wir die besondere Herausforderung und Chance erkannt haben, die im gemeinsamen Zeugnis unserer Kirchen für den Frieden liegt. Wir haben lange gebraucht, ehe in unseren Gemeinden die Einsicht wuchs, daß unser Streben nach Wohlstand seine Grenzen haben muß an der Not der Hungernden und Unterdrückten und an der Verantwortung, die wir für die Schöpfung tragen. Im Blick

Aus dem Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Das „Wort zum Frieden“ – Ein Wort zur Versöhnung Albrecht Martin | 1 |
| Tröstet, tröstet mein Volk – – Eine Laienpredigt zum 8. Mai 1985 – Menno Aden | 3 |
| Christentum und politische Freiheit Ernst Holtzmann | 7 |
| Aus unserer Arbeit | 9 |
| Personen und Persönliches | 13 |
| Buchbesprechung | 14 |
| Termine | 16 |

auf manche Entwicklungen in den letzten 40 Jahren werden wir wie die Väter in der Stuttgarter Erklärung zu sagen haben: „Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“

Um so dankbarer erleben wir die Freiheit zum Dienst, die Gott uns schenkt. Wir haben erfahren: Schuld kann vergeben werden. Das befreit zu neuem Beginnen. Das Opfer Jesu Christi am Kreuz und seine Auferstehung, die wir zu Ostern feiern, stellen alle Schuld, alle Not und Ratlosigkeit unter das Zeichen der Hoffnung. Das ermutigt und verpflichtet uns, unsere Verantwortung heute wahrzunehmen. Als Kirchen in beiden deutschen Staaten treten wir gemeinsam dafür ein, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Gemeinsam fordern wir, daß der Rüstungswettlauf beendet wird. Gemeinsam sind wir überzeugt, daß das System der nuklearen Abschreckung kein dauerhafter Weg zur Friedenssicherung sein kann, sondern unbedingt überwunden werden muß. Gemeinsam treten wir für eine europäische Friedensordnung ein. Gemeinsam erinnern wir an die Verantwortung der Industrienationen für ein menschenwürdiges Leben in den Ländern der Dritten Welt.

Für Frieden beten

Gemeinsam bitten wir im Gedenken an das Kriegsende vor 40 Jahren: Wir bitten unsere Gemeindeglieder: Laßt uns nicht aufhören, für den Frieden der Welt zu beten. Unser Gebet ist der unverwechselbare Beitrag, den wir Christen und Kirchen für den Frieden in der Welt geben dürfen. Laßt uns nicht müde werden, auf das Wort der Heiligen Schrift zu hören, das uns das Kreuz von Golgatha als Gottes Friedenstat für seine Welt bezeugt. Wir wollen in unserem Alltag Boten des Friedens Gottes sein. Wir bitten alle Menschen in beiden deutschen Staaten: Bezeugen Sie durch Ihr Leben, wie Konflikte mit anderen Menschen friedlich überwunden werden können. Helfen Sie mit, unsere Jugend zum Frieden und nicht zum Haß zu erziehen. Wehren Sie dem Aufbau von Feindbildern. Wir bitten die Menschen, die durch den Krieg, durch seine Folgen und durch die späteren politischen Gegensätze besonderes Leid erfahren haben, nicht bitter zu werden und nicht eine Wiederherstellung früherer Verhältnisse zu verlangen, die nicht zu haben ist. Wir bitten die deutschen Menschen, die heutigen Belastungen vor allem als Folge des Zweiten Weltkrieges zu begreifen und als Folgen unserer Schuld zu bedenken.

Wir bitten die Regierungen der beiden deutschen Staaten: Stellen Sie sich unermüdet Ihrer besonderen Verpflichtung für die Sicherung des Friedens. Wir danken Ihnen für alle nüchterne und behutsame Politik zwischen beiden deutschen Staaten. Helfen Sie durch Sorgfalt und Vertrauen zu weiteren Schritten bei der Verwirklichung der Ziele des Grundlagenvertrages. Wenn Sie über die politischen Ziele der beiden deutschen Staaten sprechen, so erwecken Sie keine unerfüllbaren Hoffnungen und fördern Sie kein Mißtrauen. Tun Sie weiterhin alles, bis heute bestehende Belastungen der Menschen zu mildern. Wir bitten die Alliierten des Zweiten Weltkrieges: Finden Sie neu zusammen in der gemeinsamen Aufgabe für Frieden und Gerechtigkeit zu einer Politik der Verständigung. Bemühen Sie sich um weitere Schritte, die dazu helfen, endgültig auf alle Kernwaffen zu verzichten. Hören Sie auf, neue Waffensysteme aufzustellen. Bringen Sie neue Impulse in die Verhandlungen über die Begrenzungen der konventionellen Waffen und über vertrauensbildende Maßnahmen ein. Fördern Sie kulturelle, wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie die Begegnung von Menschen über die Grenzen hinweg. Folgen Sie der Einsicht, daß Sicherheit heute nur noch in gemeinsamer Sicherheit liegen kann.

Neues Vertrauen auf Gott

Die Auferweckung Jesu Christi von den Toten gibt uns die Gewißheit, daß Gott über alle Schuld und Feindschaft hinweg dem Leben in Gemeinschaft und Frieden zum Siege verhelfen will. Das ermutigt uns im Gedenken an das Kriegsende vor 40 Jahren zu neuem Vertrauen auf Gott, zu neuer Verantwortung in unserer Zeit und zu neuer Hoffnung auf Gottes ewiges Reich des Friedens. „Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit sich selber und rechnete ihnen ihre Sünden nicht zu und hat unter uns aufgerichtet das Wort von der Versöhnung. So sind wir nun Botschafter an Christi Statt, den Gott ermahnt durch uns; so bitten wir nun an Christi Statt: Laßt euch versöhnen mit Gott!“ (2. Kor. 5, 19 und 20)

Dr. Johannes Hempel, Landesbischof, Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik

Dr. Eduard Lohse, Landesbischof, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Tröstet, tröstet mein Volk!

– Eine Laienpredigt zum 8. Mai 1985 –

Menno Aden

„Gebet und Buße, Versöhnung und Vertrauen auf Gott auf dem Weg in die Zukunft“ sollen bei den Überlegungen um Sinn und Bedeutung des 8. Mai, des 40. Jahrestages der deutschen Kapitulation, die das Ende des 2. Weltkrieges in Europa markiert, für Christen im Vordergrund stehen. Diese Auffassung vertreten die Katholische Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in einer gemeinsamen Erklärung.

Beide Kirchen sprachen sich im Januar für einen ökumenischen Gottesdienst am 8. Mai im Kölner Dom aus. Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof

Dr. Eduard Lohse, und der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, empfahlen, aus Anlaß dieses Tages sowohl Gottesdienste in den eigenen Gemeinden als auch ökumenische Gottesdienste zu halten.

Tröstet, tröstet mein Volk! spricht euer Gott; redet mit Jerusalem freundlich und prediget ihr, daß ihre Dienstbarkeit ein Ende hat, denn ihre Missetat ist vergeben; denn sie hat Zwiefältiges empfangen von der Hand des Herrn für alle ihre Sünden. (Jesaja 40, 1–2)

Mit diesen Worten der Gnade, die am Ende einmünden in den Befehl, zurückzukehren aus dem Exil in die Heimat (K. 52, 11), wendet sich der Prophet an seine Schicksalsgefährten. Sein Ziel ist es nicht, dem Volk billiges Vergessen zu empfehlen und ihm weiszumachen, die Sünden der Väter seien am Ende gar nicht so arg gewesen. Der Prophet will sein Volk an seine Aufgaben im Rahmen von Gottes Heilsplan erinnern, es mahnen, das zu tun, was jetzt ansteht.

1. Tröstet, tröstet mein Volk! Spricht euer Gott.

Der Gott des Alten Testaments ist ein Gott, dessen Handeln vor allen anderen Wundern, die er tut, im Gang der Geschichte erkannt wird. Wohl kein Prophet der Bibel betont die Geschichtsmächtigkeit Gottes so sehr wie dieser „Zweite Jesaja“. Auch diese Worte sind ein Aufruf an das Volk Gottes, sich seiner geschichtlichen Stellung und Verantwortung bewußt zu werden. Unter dem Neuen Bund des Neuen Testaments sind auch wir angesprochen.

Das Volk Gottes wird am Ende der Geschichte, vielleicht schon früher, nicht mehr in Staaten und Nationen unterteilt sein – aber bis dahin ist es das. Gott bedient sich der Völker und Nationen, sie sind die Worte, in denen er seinen geschichtlichen Heilsplan artikuliert. Auch unser Deutschland gehört dazu, und die Höhen und Tiefen seiner Geschichte lassen uns wohl ahnen, daß unserem Volk eine eigene Aufgabe im Rahmen der Gesamtgeschichte zugewiesen ist. Von jedem Volk, insofern es bereit ist, sich dem Geschichtsplan Gottes einzuordnen, ist in diesem Prophetenwort die Rede.

Der Prophet weiß, warum sein Volk trostbedürftig geworden ist. Er weiß, daß es sich nicht um die Verfehlungen einzelner handelt. Das Volk insgesamt war schuldig geworden, und es ist nun in einer Lage, in der jede Richtschnur verloren zu gehen droht. Es ist an sich selber irre geworden und weiß seinen Platz in der Geschichte nicht mehr. *„Gott und Geschichte gehören für Deuterocesaja unlösbar zusammen, und darum haben es Schuld und Vergebung nicht mit einzelnen Menschen, sondern mit dem Volk zu tun“* (Claus Westermann). Ein Trost kann nur wirken, wenn die Seele des zu Tröstenden auch trostbedürftig ist, wenn sie an dem Verlust der Richtschnur leidet und die Verwirrung der Begriffe und Werte als solche empfunden wird.

Vielleicht haben wir Deutschen uns selber unempfänglich für den Trost gemacht, von dem der Prophet spricht. Durch eine unent-

wegte, jahrzehntelange Vergangenheitsbewältigung, durch eine bis zum seelischen, ja physischen Überdruß führende Wiederholung der Gründe, wie es „dazu kam“, und der Untaten, die dann folgten, haben wir am Ende den Weg des geringsten Widerstandes gewählt. Da die Verbrechen nicht geleugnet werden konnten, haben wir alle Fehlentwicklungen unserer Geschichte auf diese zwölf Jahre bezogen, als suchten wir nach einem Vorwand, aus der Geschichte aussteigen zu können. In beispielloser Gehässigkeit haben sich alle möglichen gesellschaftlichen Gruppierungen einander und voreinander als „die Schuldigen“ angeschwärzt und mit verjährten Zitaten aus jenen Jahren gegenseitig verklagt. Wir können es nicht mehr hören! Es ist auch nicht mehr nötig, es zu hören. Wir wissen, was war!

Trost bedeutet, das Dunkle zu überwinden. Es wird zunehmend politisch dringend, daß sich der freie Teil unseres Vaterlandes von der süchtigen Beschäftigung mit den grauenvollen aber offenbar auch faszinierenden Begebenheiten seiner Vergangenheit befreit. Wenn uns das nicht demnächst gelingt, wird es in zwei, drei Generationen keine deutsche Nation mehr geben. Unsere nationale Desintegration ist schon weit fortgeschritten. Wenn wir für unsere Nachbarn und die Welt nicht mehr als Nation erkennbar sind, das heißt als Gemeinschaft mit irgendwie gleichgerichteten und im politischen Prozeß formulierten Interessen und Wertvorstellungen, werden wir zu einem gefährlichen Unsicherheitsfaktor für die Völkergemeinschaft. Eine friedliche Zusammenarbeit der Völker für eine bessere Welt ist nur möglich, wenn die berechtigten (oder auch unberechtigten) Interessen eines Volkes für seine Gesprächspartner erkennbar und nachvollziehbar sind. Insofern ist das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands, ob nun von unseren Partnern gebilligt oder nicht, eine ebenso nützliche politische Kalkulationsgrundlage wie es z. B. der Wunsch Frankreichs ist, seinen kulturellen Einfluß in den Ländern der Frankophonie zu erhalten. Die erratischen Ausschläge unserer öffentlichen Meinung, die

z. T. kindischen Reaktionen deutscher Wortführer zu Maßnahmen fremder Staaten rühren wesentlich daher, daß wir selber kein nationales Gefühl mehr entwickeln und daher in politischen Gesprächen einfach nicht mehr dieselbe Sprache wie unsere Partner sprechen. Es ist daher auch im fremden Interesse, wenn unser eigenes schon nichts gelten sollte, daß wir Deutschen uns nicht dem Luxus hingeben, auf die Formulierung nationaler Interessen und Zielsetzungen zu verzichten. Tröstet mein Volk – das bedeutet für Deutschland heute: finde wieder zu dir selbst, suche das, was in dir steckt; was daran Gutes ist, verwirkliche zu Hause und wirb damit in der Welt.

2. Redet mit Jerusalem freundlich

Der Begriff Jerusalem oder Zion bezeichnet das Volk, insofern es Gottes Volk ist oder werden soll (v. Rad). Beziehen wir dieses Wort auf uns, so bedeutet es wohl: redet mit Deutschland freundlich, insofern auch in unserem Volk Kräfte wirksam sind, die Gott für den Heilsplan seines Neuen Bundes braucht; es bedeutet weiter: verschüttet und verdunkelt nicht die guten und edlen Züge unseres Volkes, indem seine unguuten und unedlen Ausprägungen zum ständigen Gemütsinhalt gemacht werden. Hier ist nicht der Ort, im Sinne einer Apologie die großen Beiträge Deutschlands zum Fortschritt der Welt aufzuzählen. Aber ein Punkt sei doch herausgestellt: die Wiederfindung des rechten Glaubens, die Wegbereitung, das mittelalterliche Christentum für die heutige Zeit umzuformulieren, nahm bei uns ihren Anfang. Der Teil unseres Volkes, welcher der Reformation Luthers folgte, hat daran einen ebenso großen Anteil wie der, welcher beim alten Glauben blieb und in der Gegenreformation die Grundlagen für das heutige Ansehen der katholischen Kirche in aller Welt legte. Bis zum heutigen Tage und über alle Tiefen unserer politischen Geschichte hinweg war es Frauen und Männern unseres Volkes gegeben, Einsichten des Glaubens auch für andere Völker zu formulieren. Bis zu einem ge-

wissen Grade ist Deutsch die Sprache der Theologie.

Redet freundlich mit Deutschland! Das muß wohl damit beginnen, daß wir selber freundlich und liebevoll mit unserem Vaterlande umgehen. Das setzt Kenntnis seiner Geschichte und seines Erbes, nicht nur jener 12 Jahre, voraus. Wer sich bei dem Namen Himmler schämen mag, Deutscher zu sein, darf bei dem Namen Bonhoeffer wieder aufblicken; ja, er ist dazu verpflichtet, wenn er nicht der inkarnierten Bosheit das letzte Wort lassen will.

3. Und prediget ihr, daß ihre Dienstbarkeit ein Ende hat

Die Kinder Israels mußten wegen ihrer Ungeduld und ihres Kleinmuts vierzig Jahre durch die Wüste ziehen. Dann war eine neue Generation herangewachsen, welche das gelobte Land betreten durfte. Die Zahl vierzig scheint in der Bibel eine solche generative Verwandlung zu bedeuten. Auch Christus tat das, was an menschlicher Sünde in ihm gewesen sein mag, nach vierzig Tagen und vierzig Nächten des Fastens von sich ab. So hat es wohl einen von den Akteuren kaum erfaßten tieferen Sinn, wenn der eher etwas krumme vierzigste Jahrestag des Kriegsendes in besonderer Weise herausgestellt werden soll.

Deutschland ist, physisch gesehen, nicht mehr dasselbe Volk wie vor vierzig oder gar fünfzig Jahren. Die Männer, die es damals führten, sind tot, und ihre Gedanken sind nicht die unsrigen. Die politische Dienstbarkeit unseres Volkes, die Unterwerfung unter die Fremdherrschaft der UdSSR, ist für 17 Millionen Deutsche noch immer nicht beendet. Umso mehr müssen wir in Freiheit lebenden Deutschen den Mut zu dieser Freiheit haben. Wir dürfen uns heute nicht vor politischer Mitarbeit und Mitverantwortung drücken, weil wir vor einer Generation politisch die falschen Ziele verfolgten. Die insbesondere im linken politischen Spektrum heimische Vorstellung, (West-)Deutschland solle sich aus der Nato und womöglich noch aus der EG zurückziehen, weil „von deutschem

Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe“, wirkt ein wenig wie die obstinate Weigerung eines Jugendlichen, erwachsen werden zu wollen und Verantwortung zu übernehmen.

Dem Ende der politischen Unterwerfung in unserem Teil Deutschlands muß auch ein Ende der geistigen Unterwerfung unserer Nation folgen. Es war und ist nicht alles nachahmenswert, was uns seit 1945 aus dem Ausland über-

drei Jahrzehnten noch die normale und bis zu einem gewissen Grade verzeihliche Folge der politischen und kulturellen Kapitulation Deutschlands sein. Heute können wir uns damit nicht mehr herausreden. Wir sind wieder für uns selbst verantwortlich.

Dieser Zwang zur Freiheit ist nicht allen willkommen. Wie lagen die Kinder Israel Mose in den Ohren, daß er sie von den – auch wohl geistig zu verstehenden – Fleisch-



Ernst Barlach: Das Ehrenmal zu Magdeburg

schwemmte. Die Verhuzung unserer Sprache durch Amerikanismen, die Verflachung mancher Ausschnitte unseres öffentlichen Lebens, der Verfall der Umgangsformen im Gefolge unserer Interpretation ausländischer Lebensformen mochten in den vergangenen

töpfen Ägyptens weggeführt und zur Freiheit, das heißt zur Übernahme der Pflicht, Gottes Volk zu sein, gezwungen hatte. Auch die jüdischen Exilanten, an die sich Deuterjesaja mit unserem Text ja unmittelbar wendet, waren keineswegs ungeteilter Meinung über die

Aussicht, ihre Wohnstätten in toleranter persischer Umgebung mit den Ungewißheiten der fremd gewordenen Heimat vertauschen zu sollen. So haben wir Deutschen dieses Wort wohl nicht in dem Sinne eines bloßen Geschenkes zu verstehen. Das Ende der Dienstbarkeit bedeutet, daß der Freie mit eigenen Pflichten vor den Herrn der Geschichte tritt. Die Pflicht des freien Teils Deutschlands ist es heute, seinen Beitrag zur Verteidigung der Freiheit in der Welt zu leisten.

4. Denn ihre Missetat ist vergeben

Wo wäre der Prophet, der unserem Volk die Vergebung zuspräche? Wenn wir uns auch schwerlich selbst freisprechen dürfen, dann gilt doch jedenfalls: aus menschlicher Vollmacht ist weder für den einzelnen noch für ein Volk Vergebung zu erlangen. Es ist Gott, der Herr der Geschichte, der zu Israel durch den Propheten spricht, und der auch über uns und unser Land das letzte Wort sprechen wird. Daraus folgt für uns, daß wir aufhören müssen, bei Menschen, bei der Weltmeinung oder bei unseren ehemaligen Feinden, um Vergebung nachzukommen. Wir werden sie nicht erreichen, und wenn, so ist sie politisch so wenig wert wie geistlich. Vergebung ist überhaupt keine politische Kategorie. Vielleicht ist es Ausdruck unseres nach 1945 erneuten Sündenfalls, wenn wir glauben, mit weltlichen Mitteln eine Form von Vergebung erlangen zu können: Demuts- und Unterwerfungsgesten, ständige Selbstbezüglichungen, Herabsetzung unseres eigenen Landes in Gegenwart von Ausländern, Hinnahme von Geschichtsfälschungen zu unseren Lasten usw. Es muß nicht nur Ausdruck von Versöhnungsbereitschaft sein, wenn Deutschland angesichts von Spitzen und süffisanten Nadelstichen anderer Staaten wegduckt und es unterläßt, auf deren geschichtliche Sündenregister hinzuweisen. Fremde Sünden sprechen uns nicht frei – aber sie können uns an den richtigen Richter und den wahren Träger der Vergebung verweisen. Die unter-

schwellige Sucht so vieler offizieller Vertreter Deutschlands nach einer Art internationaler Absolution ist politisch unklug und überdies unevangelisch.

5. Denn sie hat Zwiefältiges empfangen von der Hand des Herrn für alle ihre Sünden

Es ist evangelische Überzeugung, daß Gott keinen zwingenden Ursachenzusammenhang herstellt zwischen Werk und Belohnung, zwischen Unrecht und Strafe. Ob wir die an Deutschland nach dem Kriege vollzogene Strafe für gerecht oder ungerecht halten: wir müssen zugleich sehen, daß andere Völker ohne ersichtliche Schuld in noch viel tiefgreifender Weise historisch zurückgesetzt bzw. „bestraft“ wurden. Die baltischen Völker sind spurlos geschluckt worden, die Armenier warten seit Jahrhunderten auf einen eigenen, freien Staat; die Naturvölker in Amerika wurden fast rückstandslos vernichtet; den Iren wurde in jahrhundertelanger Fremdherrschaft das Rückgrat so gebrochen, daß sie ihre eigene Sprache verlernten. Die Geschichte ist voll von Beispielen dieser Art, und wir Deutschen müssen gestehen, daß wir in ganz unerwarteter Weise wieder aufgestiegen sind und jedenfalls in diesem Teil Deutschlands unsere volle Staatlichkeit behalten durften. Umgekehrt sehen wir Völker, deren historische Schandtaten aufs ganze gesehen kaum geringer wiegen als unsere, die gleichwohl von keinerlei Gewissensbissen geplagt sind und sich, wie sie für selbstverständlich halten, eines hohen internationalen Ansehens erfreuen. Es wäre in diesem Zusammenhange falsch, hier aufrechnend anzusetzen. Wir Deutschen sind eben nicht wie die anderen, und wir sollten auch nicht so sein wollen. Unsere Geschichte hat einen anderen Weg genommen, und wir sollten nicht in einen rückwirkenden Wettbewerb treten mit solchen Staaten, die man für historisch erfolgreicher ansieht als uns. Das Urteil über die Qualität des erreichten historischen Erfolges steht uns Menschen kaum zu.

Wir müssen daher die Veränderung und schmerzliche Verstümmelung unseres Vaterlandes, die Zerstörung so vieler heute kaum mehr gekannter deutscher Siedlungsgebiete außerhalb unserer Grenzen, ebenso hinnehmen wie die völlige Umstürzung unserer geistigen und kulturellen Überlieferung. Wir können dieses als Strafe nehmen, und wahrlich, wir haben Zwiefältiges empfangen: Wir wollten andere Völker um ihren Lebensraum bringen – und verloren über die Hälfte des Reiches; wir haben Bomben auf Städte geworfen – und es wurde uns vielfach und in unsäglichlicher Vergrößerung heimgezahlt; Millionen wurden von uns gequält und ermordet – und Abermillionen Deutsche wurden verschleppt, gequält, vertrieben und erschlagen.

Wir können das Verhängnis über unser Vaterland und seine Folgen aber auch anders, vielleicht evangelischer, deuten. Hat Gott denn Strafe und Vergeltung nötig, um zu seinem Recht zu kommen? Das Böse mit all seinen Folgen kommt doch von selbst, sobald Gott und Menschen sich voneinander abwenden:

„Ich habe mein Angesicht im Augenblick des Zorns ein wenig vor dir verborgen“ (Jes. 54,8)

heißt es bei unserem Propheten etwas später. Was die deutsche Führung spätestens seit Kriegsbeginn vollführte, und was das deutsche Volk in seiner Gesamtheit doch am Ende billigend hinnahm, war eine Ekstase – ein Hinaustreten aus der Bezogenheit aller menschlichen Dinge auf den Herrn der Geschichte. Es war der Versuch, Gott gleich zu sein, wenn der Lauf der deutschen Geschichte mit einem Gewaltstreik korrigiert werden sollte. Gott ließ es hingehen in einem Augenblick des Zorns. Das Böse übernahm für diesen Augenblick die Lenkung der Geschichte, und es vermag viel: Hätten wir den Krieg nicht fast gewonnen? Ständen wir nicht an den Pyrenäen wie am Kaukasus? Was fehlte denn, um endlich eine seit dem Dreißigjährigen Krieg als falsch verlaufen angesehene deutsche Geschichte doch noch zu ändern? Aber das Böse verstrickt sich in seinen eige-

nen Plänen und bringt sich selber zu Fall. Es war nicht irgendein feindlicher General oder alliierter Politiker, der Deutschland besiegte. Es war das Böse, das seine Inkarnationen bei uns gefunden hatte, Hybris und Maßlosigkeit, die uns die Fallstricke legten, und es achtet nicht, wen es zerstört.

Wir Deutschen könnten einen Fehler machen, wenn wir den Ausgang des Krieges mit allen seinen Folgen als eine an uns vollzogene Strafe ansehen. Dieses könnte wieder ein Fehler der Hybris sein. Die Ergebnisse des 2. Weltkrieges sind für die ganze Welt so weitreichend und umstürzend, daß es der Selbstüberhebung nahekommt, wenn wir annehmen wollten, Gott habe das alles nur inszeniert, um uns angemessen zu bestrafen. Vielleicht hat Gott am Schicksal unseres Volkes, dem bis dahin kaum politische Aufgaben weltumspannender Bedeutung zugefallen waren, aller Welt zeigen wollen, daß niemand, auch nicht ein so biederes und frommes Volk wie die Deutschen, vor den schwersten Verirrungen gefeit ist, wenn es Gutes nicht mehr gut und

Böses nicht mehr böse nennt. Vielleicht sollte uns allen, die wir heute leben, und künftigen Geschlechtern, gezeigt werden, wohin es führt, wenn die Menschen vom Angesicht Gottes wegtreten, um auf eigene Faust Geschichte zu machen. Hätte es einen günstigeren Zeitpunkt geben können für ein solches Menetekel als den, da die Atombombe serienreif wurde und die Grundlagen für die gewaltigen, erst heute allmählich erkennbaren, technischen Umwälzungen der modernen Welt gelegt wurden?

Von der Hand des Herrn haben wir Deutschen das alles empfangen, nicht von weltlichen Siegern. Von der Hand des Herrn werden wir, wenn er will und zu seiner Zeit, wiedererlangen, was uns verloren gegangen ist – auch die Wiedervereinigung des Vaterlandes; nicht von den Siegermächten.

So liegt in der äußersten Erniedrigung unseres Volkes zugleich der Keim zu unserem Trost und neuer Würde. Der Herr der Geschichte lebt, denn wir haben seine Hand selber an uns verspürt. Freudig

können wir und alle Völker in die Zukunft schauen, denn dieser Herr überläßt die Welt nicht lange dem Bösen.

Aus diesem Grunde will es ein wenig unangebracht erscheinen, wenn einige unserer ehemaligen Gegner das Kriegsende auch nach einer Generation als „ihren“ Sieg feiern. Am Ende brauchen auch sie, so nötig wie wir Deutschen, Trost für eine zerstörte Geschichte, Trost für einen Sieg, der manchem schon so fragwürdig geworden ist, daß er als bunt betrettes Schaustück den enttäuschten Völkern vorgezeigt werden muß.

Tröstet, tröstet mein Volk! Warum wollen wir nicht alle Völker Europas sowohl wie der ganzen Welt in diesen Gnadenspruch mit einbeziehen? Mit diesen Worten beginnt der „Messias“ von Händel, dem großen Sohne unseres Landes, und der zugleich von der englischen Welt als der ihre angesehen wird. Dieses vielleicht schönste Kunstwerk der Christenheit verbindet uns alle. Gottesdienste am 8. Mai 1985 könnten mit dieser Arie schließen – und dann sei auch Schluß!

Christentum und politische Freiheit

Ernst Holtzmann

Dr. Ernst Holtzmann, Bürgermeister a. D., ehemaliger Landtagsabgeordneter und Synodaler der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, äußert in nachfolgendem Beitrag – 82jährig – seine Gedanken zur kirchlichen und politischen Diskussion über Wege und Mittel zur Erhaltung des Friedens in Freiheit.

Nach der großen Not, welche die Völker der Welt und nicht zuletzt das unsere in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts haben erleben müssen, ist die Sehnsucht nach Frieden als erstes Anliegen nur allzu verständlich. Wünsche nach Frieden und Glück sind so alt wie die Geschichte der Menschheit. Der Christ denkt an die Schilderung des messianischen Reiches in Jesaja 11:

„Da werden die Wölfe bei den Lämmern wohnen und die Panther bei den Böcken lagern ... Man wird nirgends Sünde tun noch freveln auf meinem ganzen heiligen Berge.“

Wem die christliche Tradition entfremdet ist, der wird sich an Bilder der Aufklärung bis hin zu Ludwig Marcuses Buch über die „Philosophie des Glücks von Hiob bis Freud“ halten.

Das Leben – „der Güter höchstes“?

Solchem Denken liegt die Sehnsucht zugrunde, sich einer Welt zu entziehen, die vom Menschen

um seiner Verantwortung willen schwere Entscheidungen und gegebenenfalls auch das Opfer seines eigenen Lebens fordert. Allzu schnell wird hierbei das eigene Leben zum höchsten Gut. Bei einer Diskussion über die Todesstrafe im Schweizer Parlament konnte man im Fernsehen eine Abgeordnete vom „Leben als dem höchsten Gut des Menschen“ sprechen hören. Franz Alt schreibt in seinem Büchlein „Frieden ist möglich“: „Es gilt, das Kostbarste zu bewahren, was wir haben: das Leben.“

Die Schweizerin hatte ihren Nationalhelden Wilhelm Tell vergessen – „Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt!“ – und Franz Alt wird mit seinen Wertungen wohl

kaum den Opfertod unseres Heilandes und der vielen Märtyrer des christlichen Glaubens gerecht. Denn mit Schillers Schlußworten seiner „Braut von Messina“ kann das Leben eben nicht „der Güter höchstes“ sein. Allerdings suchen wir nach den furchtbaren Erlebnissen in der Zeit des Nationalsozialismus nicht unbegründet und mit Zweifeln beladen nach dem Maßstab, an dem sich unser Leben ausrichten muß, wenn das letzte und größte Opfer von uns verlangt wird.

Das Wort von der pluralistischen Gesellschaft geht um. Welche Moralsätze sind noch bindend? Der „Pluralismus“ und die mit ihm verbundene Toleranz sind nicht unbegrenzt. Das haben wir erfahren müssen, als man den Nationalsozialismus duldete und hochkommen ließ; am Ende blieben uns nur Trümmer und das Stuttgarter Schuldbekenntnis. Mühsam hat unser Volk dann gearbeitet, um wieder festen Boden zu gewinnen. Ein Ergebnis dieser Bemühungen ist die Verankerung der Menschenrechte in unserem Grundgesetz. Es stellt eine große Leistung dar, daß die Grundsätze dieser Menschenrechte und deren diffizile Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht vom Volke angenommen und hochgeachtet werden.

Wehrlos um des Friedens willen?

In den Worten der Art. 1 und 2 des Bonner Grundgesetzes lebt die große europäische Tradition von der Würde des Menschen in ihrer von staatlichen Eingriffen geschützten Privatsphäre. Dies kennt weder das Altertum noch die Welt jenseits der Elbe. Ist es nun wert, für eine solche Freiheit in einem freien deutschen Volk zu kämpfen, auch wenn man sich der Gefahr aussetzt, bei der Kompromißlosigkeit Andersdenkender Leib und Leben zu verlieren oder gar mit seinen Streitgenossen unterzugehen?

An der Antwort auf diese Frage zeigt sich der Wert, den man dem Menschen in einer gottgegebenen Schöpfung zumißt. Für die Frage gibt es keine rational begründbare Entscheidung.

Krieg ist Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln (Clausewitz). Wer sehnt sich nicht danach, daß die Politik von diesen Mitteln niemals mehr Gebrauch macht! Die Welt ist bislang einen anderen Weg gegangen. Der Freischärlerkrieg wurde zum Heldentum und der Kampf der Völker zur heiligen Sache. Weltanschauungen stehen gegeneinander und bekämpfen sich in ihren Auseinandersetzungen mit Mitteln, die von keiner internationalen Regelung gebändigt sind. Ganze Volksgruppen werden ausgerottet. Da wird es schon zu einer religiösen Frage, ob ein Gott, der dem Menschen Vitalität und die Bejahung seines eigenen körperlichen und geistigen Daseins mit ins Leben gegeben hat, nicht geradezu befiehlt, daß der Mensch sich wehrt und nicht wehrlos zusieht, wie er und die Seinen „gottergeben“ kampfflos zur Schlachtbank geführt werden.

Doch selbst hier verlangen christliche Kreise mitunter ein wehrloses Dulden. Man verweist auf die Bergpredigt Jesu nach dem Matthäusevangelium und auf die sogenannte Feldpredigt nach Lukas 6. Aus den Gottesdiensten sind die Gemeindeglieder gewohnt, die Bibel in Perikopen, das heißt in kurzen Abschnitten des Bibeltextes zu hören, die dann vom Geistlichen ausgelegt werden. Bergpredigt und Feldpredigt bieten sich für dieses Verfahren geradezu an und der andächtige Hörer vernimmt altvertraute Worte des großen Menschenfreundes Jesu, wie „Liebet eure Feinde; tut wohl denen, die euch hassen“. Es sind Worte, gesprochen in einer entlegenen Gegend des großen römischen Imperiums, zu Menschen, die in ihrem engen Lebensbereich für sich und ihre Not Rat und Hilfe benötigen. Sollen solche Worte auch Worte einer allgemeinen, politisch gesehenen und gedachten Friedensbotschaft sein? Israel war ein unruhiges Land. In Galiläa regierte zu Jesu Zeiten der Sohn Herodes, der Idumäer Herodes Antipas; in Jerusalem regierten die Römer durch einen Prätor. Etwa 35 Jahre nach der Bergpredigt brach der Aufstand der Juden gegen die Römer aus, der mit der Zerstörung Jerusalems endigte.

Vom Jüngsten Gericht

Wir erfahren in Lukas 13, 1 ff, daß galiläische Landsleute durch Pilatus hingeschlachtet wurden. Dies für die Juden aufregende Ereignis wird Jesus erzählt. Jesus, ein glänzender und leidenschaftlicher Redner; was wird er sagen? Er nimmt diesen blutigen Vorgang auf, verknüpft ihn mit einem Bauunglück, bei dem achtzehn Menschen ums Leben kamen, und fragt, ob wohl die so unglücklich ums Leben gekommenen Menschen größere Sünder gewesen seien als seine Zuhörer. Die politische Seite der Angelegenheit berührt ihn nicht, wohl aber Schuld und Sühne der Betroffenen. Auch in der bekannten Geschichte mit dem Zinsgroschen meidet Jesus politische Aussagen.

Aber dieser politisch so uninteressiert erscheinende Mann entfaltet seine ganze Leidenschaft, wenn er vom kommenden Messias spricht. Sein Wirken beginnt mit den Worten: „*Tut Buße, das Himmelreich ist nahe herbeigekommen*“ (Matth. 4,17).

Er sieht die Wiederkehr des Messias in kürzester Zeit, und was wir da aus seinem Munde hören, ist wahrhaft nicht eitel Freude unter den Menschen.

Wer die zerstrittenen Familien in der nationalsozialistischen Zeit erlebt hat, in denen Familienangehörige sich untereinander zur Anzeige brachten, liest mit Schaudern Matthäus 10, 34ff: „*Ihr sollt nicht erwähnen, daß ich gekommen sei, den Frieden zu senden auf die Erde. Ich bin nicht gekommen, Frieden zu senden, sondern das Schwert. Denn ich bin gekommen, den Menschen zu erregen wider seinen Vater und die Tochter wider ihre Mutter und die Schwiegertochter wider ihre Schwiegermutter. Und des Menschen Feinde werden seine Hausgenossen sein. Wer Vater und Mutter mehr liebt als mich, der ist meiner nicht wert. Und wer nicht sein Kreuz auf sich nimmt und folgt mir nach, der ist meiner nicht wert. Wer sein Leben findet, der wird es verlieren, und wer sein Leben verliert um meinetwillen, der wird es finden.*“

All diese Leiden soll der Gläubige getrost auf sich nehmen und durchhalten; denn der Messias, das Himmelreich und das Jüngste Gericht kommen bald: „Wahrlich, ich sage euch, es stehen etliche hier, die nicht schmecken werden den Tod, bis daß sie des Menschen Sohn kommen sehen in seinem Reich“ (Matth. 16, 28).

So streng Jesus verlangt, daß man ihm hic et nunc folgt, so streng sind auch seine Vorstellungen vom Gericht, wenn das Messiasreich anbricht. Aus den vielfachen Äußerungen zu diesem Gegenstand sei nur eine Stelle erwähnt, weil diese nicht nur von einzelnen Sündern, sondern von der Bevölkerung einer ganzen Stadt in ihrer vielschichtigen Zusammensetzung spricht, welche die Strafe treffen wird:

„Und wenn euch jemand nicht aufnehmen wird, noch eure Rede hören, so geht heraus von jenem Hause oder jener Stadt und schüttelt den Staub von euren Füßen. Wahrlich, ich sage euch: Dem Lande der Sodomiter und Gomorrer wird es erträglicher gehen am Tage des Gerichts als solcher Stadt“ (Matth. 10, 14 u. 15).

Der Christ in der Verantwortung

Die frühe Christenheit hatte sich damit auseinanderzusetzen, daß die Erwartungen vom baldigen Kommen des Messias nicht in Erfüllung gingen. Wir aber müssen uns bescheiden, daß die biblische Botschaft zu politischen Fragen keine Aussage machen wollte und gemacht hat. Weder nach der Tötung

„Wir Deutschen machen es uns schwerer als andere Nationen, wenn wir uns zu unserem Volk bekennen und uns darüber freuen wollen, daß wir Deutsche sind. Wohl kaum ein anderes Volk geht mit seinen Nationalsymbolen so nachlässig um, wie wir dies in unserer bisherigen Geschichte getan haben. Der Mißbrauch des Staates in der Hitlerzeit hat uns gegen alles Nationale übermäßig mißtrauisch gemacht. Dennoch können auch die Deutschen nicht auf Zeichen verzichten, in welchen sie ihren Staat dargestellt sehen. Symbole stehen für Ideen, politische Ziele. Sie sollen staatsbürgerliche Einigkeit stiften und Grundüberzeugungen verkörpern. Wo es an der Kenntnis und Pflege der Nationalsymbole fehlt, wird es in der Regel auch an der sie tragenden politischen Hoffnung mangeln“.

schreibt Hans Hattenhauer im Vorwort seines Buches „Deutsche Nationalsymbole“, Olzog Verlag München.

von Landsleuten durch Pilatus noch in der Geschichte vom Zinsgroschen, noch bei der Begegnung mit Offizieren der römischen Besatzungsmacht nutzt Jesus die Gelegenheit, politische Probleme anzuschneiden. Um so leidenschaftlicher kämpft er um das Seelenheil seiner Mitmenschen. Dort wo er vom Glauben und der sittlichen Aufgabe des Menschen gegenüber den Mitmenschen spricht, setzt er harte Maßstäbe. Nicht grundlos bewegt seit Augustin die Frage der Prädestination die Menschen, kämpfte Luther um einen gnädigen Gott und schrieb Dostojewski den „Großinquisitor“.

Christus hat den Menschen auch heute, wo das Volk selbst in die Verantwortung bis zu den höchsten staatlichen Stellen berufen ist, viel zu sagen. Aber das Neue Testament gibt keine Anweisungen, welche technischen Mittel im Streit der Völker rund zwei Jahrtausende nach Christi Erdenwandel einzusetzen sind, um den Menschen oder einem Volk das Recht in der Welt auf freie Religionsausübung und angemessene Entfaltung menschlicher Persönlichkeit zu sichern. Hier muß der Christ schon im Bewußtsein der großen Verantwortung, die ihn als politisch mitentscheidendes Glied seines Volkes trifft, den richtigen Weg suchen und dann im Vertrauen auf seinen Gott tapfer seinen Weg gehen.

Dietrich Bonhoeffer schrieb:

„Gott fordert von uns die verantwortliche Tat und spricht dem Menschen, der darüber zum Sünder wird, Vergebung und Trost zu.“

Aus unserer Arbeit

Barmer Erklärung und Stuttgarter Schuldbekennnis heute

Karlsruhe: Zum zweiten Mal hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung Pfarrer, Kirchenälteste und kirchliche Mitarbeiter zu einer Tagung im vorpolitischen Raum eingeladen. Ziel der Tagung war es, über Parteigrenzen hinweg evangelische Christen mit unterschiedlichen Positionen mit-

einander ins Gespräch zu bringen. Über einhundert Teilnehmer hatten sich zusammengefunden, um über das Thema **„Barmer Erklärung und Stuttgarter Schuldbekennnis heute – Als evangelischer Christ im Staat des Grundgesetzes“** nachzudenken.

Der Pforzheimer **Pfarrer Bohnenkamp** eröffnete die Tagung mit einer biblischen Besinnung über das Gleichnis von den bösen Weingärtnern (Mark. 12, 1–12).

Professor Dr. Hans-Martin Pawlowski (Schriesheim) begrüßte die Anwesenden und führte in das Thema der Tagung ein. Er betonte die je eigenen Aufgaben von Kirche und Staat und rief die evangelische Kirche und ihre Gliederungen dazu auf, das Wort von Barmen ernst zu nehmen und sich wieder auf Verkündigung der biblischen Botschaft, Seelsorge und geistliche Erneuerung der Gemeinden zu konzentrieren.

In Vertretung des erkrankten früheren Kultusministers Professor Dr. Wilhelm Hahn sprach Landtagspräsident **Albrecht Martin** im ersten Referat des Tages über das Thema „Kirche und Politik – Lehren aus einem halben Jahrhundert seit Barmen“. Dabei legte er besonderen Wert auf die Feststellung, daß die einzelnen Thesen der Barmer Erklärung nicht isoliert betrachtet werden oder gar gegeneinander gestellt werden dürften. „Nur wer weiß, daß ihm durch Jesus Christus frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen widerfährt, der weiß, daß der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus, nämlich für Recht und Frieden zu sorgen, nicht die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden darf. Und ebenso wichtig ist es, zu sehen, daß der freie, dankbare Dienst an Gottes Geschöpfen nur nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens und – für den Bereich staatlicher Ordnungen – unter Androhung und Ausübung von Gewalt erfolgen kann.“ Ferner sei es „gut, deutlich zu erkennen, daß die Theologische Erklärung von Barmen eine klare Abgrenzung gegenüber dem in seiner weltanschaulichen Grundlage und in seinen politischen und rechtlichen Strukturen totalitären Staat enthält. Es kann gar nicht geleugnet werden, daß auch der demokratische Staat in der ständigen Versuchung steht, diese Grenzen zu überschreiten. Aber dieser Staat hält selbst Instrumente bereit, um solcher Versuchung zu widerstehen.“

Martin stellte zum Schluß seines Vortrages zwei Fragen: Sind wir heute noch in der Lage, so weit geschichtlich zu denken, daß wir ein Ereignis der Vergangenheit von seinen eigenen geschichtlichen Voraussetzungen her verstehen? Denn nur wer dazu in der Lage ist, kann sich mit dem Ereignis auseinandersetzen, nur für ihn kann es fruchtbar werden. Und: Machen sich viele die Frage nach der christlichen Existenz in der gebrochenen Welt nicht gerade dadurch in der Wirklichkeit sehr einfach, daß sie die Welt in ihrer Vorläufigkeit, aber auch die Welt in ihrer Weltlichkeit, gar nicht ernst nehmen, sondern gleichsam unabhängig von allen gegebenen Umständen meinen, eine reine Welt des Glaubens durch ihren Entschluß herbeiführen zu können? Unter den Verhältnissen des freiheitlichen Rechtsstaates kann es sehr verlockend sein, sich das gute Gewissen durch moralisch scheinbar konsequentes Handeln zu bewahren. Gerade das aber ist uns nicht erlaubt.

Bei der anschließenden Diskussion machte Landtagspräsident Martin deutlich, wie ernst es ihm um das Gespräch mit Christen ganz verschiedener Positionen ist. Auch Angehörige der Friedensbewegung fanden in ihm einen differenzierenden Gesprächspartner, dem die gemeinsame Glaubensgrundlage wichtiger ist als die parteipolitische Position.

Im zweiten Vortrag des Tages sprach **Pfarrer Dr. Becker** (St. Blasien) über das Thema „Barmen heute – Zeitgeist wider Gottes Geist?“ Er definierte zunächst den Begriff „Zeitgeist“, erläuterte dann das Wesen von „Gottes Geist“ und „Heiligem Geist“, sprach über Gefahren des „Bekennens“ („Bekennerei statt Bekenntnis?“), wandte sich dann Fragen um den Begriff „Widerstand“ zu, ging auf den Aspekt „Atomwaffe und Widerstand“ ein, beschrieb den kirchlichen Beitrag zum politischen Geschehen und formulierte abschließend unter der Überschrift „Barmen heute – Zeitgeist wider den Heiligen Geist“ auf der Grundlage der Barmer Erklärung einige „Fragen evangelischer Christen an ihre Kirche“.

Die Fragen lauten:

1. Hat die Kirche deutlich genug erkannt, daß uns auch heute in anderer Form der gleiche Kampf gegen den Zeitgeist zugebetet wird wie damals? Erweckt die nur scheinbar tolerante Hinnahme willkürlichen Umgangs mit dem biblischen Zeugnis nicht den gegenteiligen Anschein?

2. Wird in der Kirche heute genügend beachtet, wozu wir als Christen ermächtigt sind und wozu nicht? Kann es angehen, daß es in unserer Kirche Stimmen gibt, die im Namen Christi die Kirche dazu auffordern, im Staat und Weltgeschehen mächtig zu sein?

3. Meinen wir nicht oft, Heil und Wohl der Menschen besser durch Programme oder Zustände zu erlangen, in denen es nicht nötig ist, daß „Jesus Christus in Wort und Sakrament durch den heiligen Geist als der Herr gegenwärtig handelt“? Neigen wir nicht zu stark – dem „Zeitgeist“ der Massenvernichtungsmittel folgend – zum Globalismus und nicht zur Nächstenliebe?

4. Trauen wir uns noch zu, als Gemeinde – und nichts anderes –, „Kirche“ für die Welt zu sein? Was vermögen wir gegen das anders redende „negative Denken“ zu setzen, das auch in der Kirche stark spürbar ist?

In der Zusammenfassung stellte Becker fest: „Das Wesentliche und Bleibende in der Kirche sind ‚Glaube, Hoffnung, Liebe‘ (1. Kor. 13, 13), die auch die Kraft geben, uns zu einen und in dieser Gestalt neu ‚Kirche für die Welt‘ zu sein, in allen Bereichen von Apostolat, Katechumenat und Diakonie.“

Im dritten Vortrag des Tages sprach Dekan Rolf Walker (Nürtingen) über das Thema „Stuttgart damals – Aufgabe heute: Reinigung von glaubensfremden Einflüssen“. Walker machte deutlich, daß in dieses kirchliche (Schuld-) Bekenntnis die klassischen Elemente der christlichen Buße aufgenommen wurden: das Bekenntnis (Selbstanklage und Reue) und die Besserung (das Gelöbnis eines neuen Anfangs). Bleibende Verpflichtung und immer neue Aufgabe sei, „sich von glaubensfremden Einflüssen zu reinigen“. Wie dies geschehen solle, sei in dem Bekenntnis nicht

ausgesagt. Es sei Aufgabe von Gemeinde und Kirche, hier immer wieder neu wachsam zu sein und sich über eine dem Evangelium gemäße Verkündigung Klarheit zu verschaffen.

Die diesem Vortrag folgende außerordentlich **lebhaft und kontroverse Diskussion**, bei der es vor allem um die Frage nach der Schuld ging, zeigte, wie wichtig es ist, daß sich die Gemeinden in diesem Jahr mit dem Inhalt der Stuttgarter Erklärung eingehend auseinandersetzen. Dabei dürfte weniger die Frage nach der Schuld, als vielmehr die Frage nach der Reinigung von glaubensfremden Einflüssen wesentlich sein. Der Leiter der Tagung, **Dr. Michael Feist** (Karlsruhe) forderte dazu auf, sich den von den Referenten aufgeworfenen Fragen zu stellen und die Kirche auf die Wahrnehmung ihres Auftrages anzusprechen. Dabei gehe es nicht um politische Positionen, sondern um ein evangeliumsgemäßes Wirken.

Junger EAK weiter offensiv

Mettmann: Die einjährige „Probezeit“ ist beendet. Der EAK im Kreis Mettmann hielt die erste Jahreshauptversammlung nach seiner Gründung im Jahre 1984 ab. Gemessen an der für seine Arbeit von Anfang an vorgegebenen Devise „Klotzen – nicht Kleckern“ führte der Kreis unter dem kommissarischen Vorsitzenden **Klaus-Dieter Völker** einige sehr erfolgreiche Schwerpunktveranstaltungen durch, offensiv und mit Wirkung auf die evangelische Bevölkerung insgesamt. Dem EAK-Mettmann geht es darum, in dem für die Union nicht ganz einfachen Bergischen Land mit einer gemischt lutherisch-reformierten Tradition immer wieder bewußt zu machen, wie sehr die Christlich Demokratische Union evangelische Verantwortung trägt und in die Politik einbringt. Um diese Grundidee ins rechte Bewußtsein zu rücken, hielt der Mettmanner **Pfarrer Wilhelm Drühe** einen Vortrag zu dem Thema „Politik und Moral“. Eine seiner Thesen: Die Politik – gleichgültig, ob in Diktatur oder Demokratie – neigt dazu, bei der bis zu einem gewissen Ausmaß auch in der Demokratie notwendigen Ausübung von Macht Moral und Ethik der Bürger für ihre Zwecke zu nutzen. Dies gilt auch und besonders für christliche Grundwerte. Allerdings besteht der Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie darin, daß in dem letzteren System Mechanismen eingebaut sind, die Moral auch gegenüber den Inhabern der Macht selbst durchsetzbar machen. Freie Wahlen oder die freie „öffentliche Meinung“ sind Beispiele für eine effiziente „moralische“ Machtkontrolle. Dies gilt es zu bewahren. In der Bundesrepublik haben Politik und politische Parteien besondere Verantwortung, wie sie etwa im Grundgesetz umschrieben ist. Daher kann und darf der Politiker nicht einfach – vor allem die christliche – Moral, an

der er zu messen ist, verfügbar machen. Die Moral muß von der Politik zwar beachtet, dennoch aber von ihr getrennt bleiben, über ihr stehen.

Die zahlreich erschienenen Mandatsträger aus dem Bereich des EAK diskutierten die teilweise Widerspruch herausfordernden Thesen. Und damit war die Veranstaltung ein guter Erfolg. Denn die politischen Verantwortlichen konnten sich mit den ausgetauschten Argumenten für die tägliche Arbeit „frisch aufmunitionieren“.

Die **Vorstandswahlen** brachten ein regional ausgewogenes Ergebnis. Alter und neuer Vorsitzender: Klaus-Dieter Völker. Seine Stellvertreter: Rolf-Werner Buschmann, Ernst Halberstadt, Wilhelm Müller. Beisitzer: Hanns-Heinz Fischer, Karl-Herbert Freier, Karl-Walther Fröhlich, Manfred van Holtum, Christian Lippmann, Margret Merckens, Helmut Petering, Dr. Hans-Dieter Wichter. „Regisseur“ für einen reibungslosen Ablauf des Abends und auch sonst eine Stütze der Arbeit des EAK: Hans Georg Ibold, Geschäftsführer des Kreisverbandes der Union in Mettmann.

Ziele für das kommende Jahr: zwei größere Veranstaltungen mit interessanten Themen. Viel Einzelarbeit in den Gemeinden, wozu alle Mitglieder aufgerufen wurden. Gespräche mit der Kirche, aber auch Begegnungen mit katholischen Würdenträgern. Denn nur in der konkret gelebten Ökumene können sich die eigentlich christlichen Werte entfalten. Wichtigstes Instrument insbesondere für die Einzelarbeit in den Gemeinden nach einhelliger Ansicht der Anwesenden: die „Evangelische Verantwortung“.

(Bei Bedarf können für die Arbeit vor Ort größere Stückzahlen über die EAK-Bundesgeschäftsstelle geordert werden!)

Kirchentage in der Diskussion

Nordhorn: Als „ein distanzierteres Plädoyer für die Teilnahme an Deutschen Evangelischen Kirchentagen als Foren des deutschen Protestantismus“ kennzeichnete der EAK-Bundesgeschäftsführer seinen Vortrag „Deutsche Evangelische Kirchentage – Perspektiven eines christlichen Laientreffens“.

In seiner Kritik hob Erhard Hackler hervor: Es störe ihn weniger, daß sich der Kirchentag gewisser Themen wie Ökologie und Ökonomie, Frieden und Freiheit oder Dritte-Welt annehme, „sondern eher wie er diese Themen behandelt und von wem er sie behandeln läßt.“ Sehr einseitig ausgerichtete Gruppen hätten in Hamburg 1981 beispielsweise das Bild und später auch die Bildschirme beherrscht. Hackler forderte die Kirchentagsleitung auf, die zu diesen Aktivitäten geschwiegen habe, dem differenzierten Bild der gesellschaftlichen Großorganisation „Volkskirche“ gerecht zu werden. Darüber hinaus verwies der EAK-

Sprecher auf die „wenig transparenten Entscheidungen“ der Leitungsgremien und hauptamtlichen Mitarbeiter des Kirchentages bzw. des „Vereins zur Förderung des Deutschen Evangelischen Kirchentages e.V.“. Der heutige Vorstand, zu dem der Theologieprofessor Wolfgang Huber, die Sozialwirtin Eleonore von Rotenhan und der Bundesverfassungsrichter Helmut Simon gehören, repräsentiere keineswegs mehr die Bandbreite des deutschen Protestantismus.

In einer zusammenfassenden Analyse der „Ergebnisse der 2. EKD-Umfrage über Kirchenmitgliedschaft“ werde freimütig davon gesprochen, daß sich neben der Institution Kirche eine Art „Kirche als Bewegung“ etabliert habe. Kirchentage und Katholikentage würden in diesem Zusammenhang gleichermaßen als Beleg genannt.

Einerseits seien in den Jahren von 1972 bis 1982 1,52 Millionen Evangelische aus der Kirche ausgetreten, andererseits rechne der Kirchentag in Düsseldorf in diesem Jahr mit weit über 100 000 Teilnehmern, sagte Hackler. Dabei überwiege die anwachsende Zahl Jugendlicher mit qualifizierter gehobener Ausbildung. „Progressive Schüler und Studenten, die den Grünen und Alternativen und der sogenannten ‚Friedensbewegung‘ nahe stehen, bestimmen das Bild der Kirchentage und Katholikentage.“

Zum Beispiel seien auf dem 20. Kirchentag seinerzeit in der Veranstaltung „Umkehr in der Sicherheitspolitik“ 20 Prozent der Podiumssprecher für die damalige Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewesen, 80 Prozent dagegen.

Auf das Thema Politik grundsätzlich eingehend, zitierte Hackler Landesbischof Lohse mit den Worten: „Wer in der Kirche die eigene politische Gesinnung wichtiger nimmt als das Evangelium von Jesus Christus, verwechselt Glaube mit Ideologie und die Kirche mit einer Partei.“ Natürlich könne Predigt immer auch von Politik durchwirkt sein, wenn sie den Menschen bei der Suche nach tragfähigen Antworten auf die drängenden Fragen Hilfe sei. „Nur-Partei-Politik aber wie einseitige Stellungnahmen etwa für oder gegen die 35-Stunden-Woche oder die Nato-Nachrüstung schaden gleichermaßen der Wirkung der Verkündigung wie Kirchentage um ihrer Wirkung willen der politischen Symbole nicht bedürfen.“

Hackler bedauerte abschließend auch die „schier maßlose Programmfülle von Kirchentagen wie dem in Hamburg 1981 mit fast 2 000 Einzelveranstaltungen“. Er setzte sich unter Hinweis auf die überaus umfangreiche und auf Effekt gezielte Berichterstattung in den Medien (1983 in Hannover waren fast 1200 Journalisten dabei) für eine „Entsensationalisierung“ ein, zu der alle Beteiligten beitragen müßten, damit der Kirchentag entsprechend seiner Präambel wieder die evangelischen

Christen in Deutschland sammle, sie im Glauben stärke, sie für die Verantwortung in ihrer Kirche rüste, sie zum Zeugnis in der Welt ermutige und mit ihnen in der Gemeinschaft weltweiter Christenheit bleibe.

In der Aussprache erklärte Pastor Schaefer, evangelisch-reformierter Moderator in der Stiftung Kloster Frenswegen, er bedaure auch die Art der Informationen in den Medien über die Kirchentage. Im übrigen müsse er allerdings sagen, daß er einen anderen Eindruck als Hackler von der Vorbereitung von Kirchentagen habe.

SPD-Ratsmitglied Gerd Naber äußerte die Befürchtung, daß von politischer Seite Druck auf die Kirche ausgeübt werde. Er verspüre ein gewisses „Ungenügen an dieser Veranstaltung“, wenn politische Parteien sich in kirchliche Interna einmischten oder kritisch Stellung bezögen zu dem, was die Kirche als Kirche Jesu sage.

In seiner Antwort wiederholte Hackler seine Auffassungen, daß sich der Kirchentag mehr um „letzte Dinge wie Glaubensfragen als um vorletzte Dinge wie politische Themen“ kümmern müsse. Er kündigte auch ein Gespräch zwischen der Kirchentagsleitung und dem Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU an, um einige wichtige Themen zu erörtern.

Professor Baarlink von der altreformierten Kirche vertrat den Standpunkt, daß es gut sei, „auch mal“ Struktur- und Organisationsfragen in der Kirche anzusprechen. Der Kirchentag sei eine Laienbewegung, der EAK gleichfalls ebenso wie der Arbeitskreis „Christen in der SPD“. Es sei durchaus in der Ordnung, wenn die Laienbewegungen kritisch miteinander umgingen und zu Vorgängen in der Kirche Stellung nähmen.

Kirche und Politik Pastoren und Politiker diskutieren „Kirche – Gesellschaft – Politik“

Hamburg: Unter diesem Motto unternahm der EAK-Hamburg den Versuch, über die Zusammenhänge der drei Begriffe Klarheit zu schaffen. In seinem Hauptvortrag „Christliche Politik im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und politischer Neuorientierung“ sagte der EAK-Bundesvorsitzende, Albrecht Martin, u. a. folgendes:

„Es muß das Mißverständnis vermieden werden, als gäbe es eine Politik, die in ihren einzelnen Entscheidungen ganz unbezweifelbar durch christliche Merkmale gekennzeichnet sei. Nicht zufällig vermeidet das Grundsatzprogramm der CDU den Terminus „christliche Politik“ und fordert stattdessen die Orientierung am biblischen Menschenbild...“

Natürlich nehmen die Kirchen an den Veränderungen unserer Gesellschaft und insbesondere an den geistigen Neuorientierungen teil und zwar in doppelter Weise: sie beeinflussen und werden beeinflusst.

War es in den vergangenen hundert Jahren für den evangelischen Christen geradezu kennzeichnend, dem technisch-wissenschaftlichen Fortschritt gegenüber aufgeschlossen zu sein und ihn voranzutreiben, fühlte sich der evangelische Christ dem modernen Staat durchaus verpflichtet und befürwortete er überwiegend eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, so ist die Lage heute sehr viel differenzierter. Nicht die Denkschriften der EKD, auch nicht Beschlüsse der Synode der EKD und bis auf wenige Ausnahmen nicht einmal Beschlüsse landeskirchlicher Synoden kennzeichnen die Änderung. Entscheidender in diesem Zusammenhang ist das **Verhalten größerer Gruppen von Pastoren**, von kirchlichen Sozialarbeitern und von Teilen der kirchlichen Jugendarbeit. Im Bereich der nordelbischen Kirchen bedarf das kaum näherer Ausführungen . . .

Eine politische Neuorientierung ist für die Bundesrepublik Deutschland durch die Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte auf vielen Gebieten zwingend notwendig geworden. Sie ist darüber hinaus einer Demokratie grundsätzlich immer immanent. Für den Christen bedeutet außerdem das ständige Fragen nach dem, was Gott heute von uns fordert, die immer neue Bereitschaft, seine Überlegungen und Entscheidungen an dieser Botschaft zu orientieren.

Weder der Staat, geschweige denn die ihn tragenden Parteien, können dabei an gesellschaftlichen Entwicklungen vorübergehen. Sie sind selbst zutiefst beeinflusst von diesen Entwicklungen und müssen ihrerseits den Veränderungen Rechnung tragen, wenn sie mehrheitsfähig sein wollen und wenn sie den in der Demokratie notwendigen Konsens zwischen den politischen Kräften wahren wollen. Der Christ wird sich diesen gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber nicht absondern; er darf es nicht einmal wollen. Vielmehr nimmt auch er an diesen Entwicklungen teil, aber hoffentlich in einer immer erneuten und am Evangelium orientierten kritischen Auseinandersetzung.

Unsere Autoren:

Dr. iur. Menno Aden
Rechtsanwalt
Am Gerichtshaus 1a
4300 Essen 15

Albrecht Martin
Präsident des Landtages Rheinland-Pfalz
Bundesvorsitzender des EAK
der CDU/CSU
Deutschhausplatz 12
6500 Mainz 1

Dr. Ernst Holtzmann
Bürgermeister a.D.
Eichendorffweg 10
6100 Darmstadt

Diese Auseinandersetzung kann in der durch die Botschaft gewonnenen Freiheit von der Welt und in der durch die Verantwortung im Glauben gegebenen Bindung an die Welt erfolgen. Evangelische Christen sollten diese ihnen gegebene Chance nutzen.

An der nachmittäglichen Podiumsdiskussion unter vorstehender Thematik nahmen neben Albrecht Martin der Bundestagsabgeordnete Gunnar Uldall aus Hamburg, Pastor Dr. Reimers von der Evangelischen Akademie, Propst Karl-Ludwig Kohlwege und der Chefredakteur des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes, Eberhard Maseberg, teil. Letzterer betonte: „Die Kirchen sind international unbequemer gegenüber ihren jeweiligen Regierungen geworden. Beispiel: Die Stellungnahme der katholischen Bischöfe der USA gegen Reagans Aufrüstungspolitik. Das ist eine gesunde Entwicklung.“ Propst Kohlwege ergänzte: „Kirche darf nicht bequem sein. Bei den unterschiedlichen Themen wie Frieden, Dritte-Welt oder Rassismus wird uns das auch nicht beschert. Wir müssen uns kontroverse Positionen zugestehen. Schon das ist ein Schritt zur Einheit.“ Worauf es ihm ankam, machte er mit einem Wort des Landesbischofs und Vorsitzenden der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Johannes Hempel, deutlich: „Schaut nicht auf das Parteiabzeichen, sondern auf das Gesicht des Nächsten.“

Albrecht Martin beim EAK-Landesverband Baden

Karlsruhe: An der letzten Vorstandssitzung des EAK-Landesverbandes Baden nahm zum ersten Mal auch Landtagspräsident **Albrecht Martin** aus Bad Kreuznach, teil. Nach einem Bericht des geschäftsführenden Landesvorsitzenden im EAK-Baden, **Dr. Michael Feist** (Karlsruhe), über die Tätigkeit im badischen Bereich, erläuterte Martin Schwerpunkte der EAK-Arbeit auf Bundesebene.

Als Voraussetzung einer fruchtbaren Arbeit nannte Martin das immer neue Bemühen des Evangelischen Arbeitskreises, sich in politischen und theologischen Fragen diejenige Kompetenz und Fähigkeit zu verschaffen, die erforderlich sei, um „auf der Wellenlänge des kirchlichen und geistigen Raumes zu sprechen“. Diesem Anliegen diene u. a. die verstärkte Auseinandersetzung mit theologischen Fragen, die im Evangelischen Arbeitskreis in der jüngeren Vergangenheit neu in Gang gekommen sei. Als weitere Voraussetzung erachtete Martin die Fähigkeit geschichtlichen Denkens, um Ereignisse der Kirchengeschichte wie etwa Barmen und Stuttgart aus ihrer jeweiligen Situation heraus verstehen und für die Diskussion in der Gegenwart nutzbar machen zu können. Er

„Wir Kirchenleute pflegen manchmal etwas unbesonnen den Anspruch, zu allen Dingen dieser Welt die letzte Wahrheit zu verkünden. Aber wir sind beleidigt wie eine alte Tante, wenn jemand uns mal vor das Schienbein tritt.“

EKD-Synodaler, Landessuperintendent
Dr. Gottfried Sprondel, Osnabrück

bedauerte nachdrücklich, daß sich – außer der Kirchengeschichte – keine theologische Disziplin mehr intensiv mit historischen Aspekten befasste.

Als wesentliche Aufgabe komme dem EAK zu, unbiblischer Theologisierung der Politik ebenso entgegenzutreten wie unbiblischer Politisierung der Theologie. So sei – entgegen häufigen Verlautbarungen – in der Regel nicht unmittelbar vom Bekenntnis des Glaubens auf eine bestimmte politische Konsequenz zu schließen, wie beispielsweise bei der 35-Stunden-Woche. Eine Bindung der Verkündigung an Einzelfragen führe unweigerlich zur Partikularkirche.

Gegenüber der evangelischen Kirche sei es Aufgabe des EAK, Erfahrungen im Bereich der „weltlichen Aktivitäten“ in die innerkirchliche Diskussion einzuführen und zur Versachlichung beizutragen. Gegenüber der Union komme es dem EAK zu, die Bedeutung der christlichen Grundlage immer wieder neu in Erinnerung zu rufen und deutlich zu machen, wie politisches Handeln aus christlicher Verantwortung aussieht, wenn christlicher Glaube wirklich ernstgenommen wird. Die Gleichung konservativ = christlich sei weder theologisch begründbar noch sachlich haltbar. Wichtig sei es, einer Säkularisierung christlicher Überzeugungen in der Union entgegenzuwirken und wieder mehr nach der eigentlichen Bedeutung christlicher Überzeugungen zu fragen.

Martin warnte davor, örtliche Erlebnisse zu verabsolutieren. Das Leiden an der eigenen Kirche und auch das Leiden an politischen Entscheidungen der eigenen Partei dürften nicht zu Resignation und Passivität führen. Wichtig sei vielmehr, Verallgemeinerungen und Verabsolutierungen entgegenzuwirken und vor Ort zu positiven Entwicklungen beizutragen. Dazu gehöre, diejenigen Kräfte innerhalb der Kirche zu ermutigen, denen es um evangeliumsgemäße Verkündigung, Seelsorge und Diakonie zu tun ist.

Personen und Persönliches

Albrecht Martin, EAK-Bundesvorsitzender und rheinland-pfälzischer Landtagspräsident, wird im Rahmen des 21. Deutschen Evangelischen Kirchentages, der vom 5. bis 9. Juni 1985 in Düsseldorf stattfindet, am 5. Juni 1985 einen Eröffnungsgottesdienst in der Matthäikirche in Düsseldorf, Lindemannstr. 70, halten.

Dr. Horst Waffenschmidt, Bundestagsabgeordneter des Oberbergischen Kreises und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, hat für den bevorstehenden Kirchentag in Düsseldorf seine Mitarbeit bei fünf Veranstaltungen verbindlich zugesagt.

– Auf Einladung der Leitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages wird Dr. Waffenschmidt zum Thema „Bündnispartner für Arbeitslose gesucht“ referieren und insbesondere Initiativen der Bundesregierung zur Überwindung der Arbeitslosigkeit darstellen sowie mit den Teilnehmern diskutieren.

– Am Eröffnungstag des Evangelischen Kirchentages will Dr. Waffenschmidt auf einem Abend der Begegnung, der vom Kirchenkreis Bonn veranstaltet wird, den Teilnehmern als Staatssekretär der Bundesregierung zu Gesprächen über aktuelle politische Aufgaben zur Verfügung stehen.

– Auf Einladung des Verbandes Christlicher Kaufleute wirkt Dr. Waffenschmidt an einer volksmissionarischen Veranstaltung in der Innenstadt von Düsseldorf mit. Hier soll versucht werden, während des Kirchentages mit den Bürgern der Großstadt Düsseldorf ins persönliche Gespräch zu kommen.

– Außerdem wird Dr. Waffenschmidt bei dem Informationsstand „Christen im Parlament“ auf dem Markt der Möglichkeiten an einem Tag mitarbeiten. Hier werden sich, wie schon beim Kirchentag in Hannover, drei Tage lang Abgeordnete des Deutschen Bundestages zum Gespräch mit Kirchentagsbesuchern zur Verfügung stellen.

– Dr. Waffenschmidt hat auch die Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU angenommen, als Vertreter der Bundesregierung auf dem Informationsstand des Evangelischen Arbeitskreises für mehrere Stunden für Gespräche mit Kirchentagsbesuchern zur Verfügung zu stehen.

Kai-Uwe von Hassel, ehemaliger Bundestagspräsident und stellvertretender Bundesvorsitzender des EAK hat für seine Verdienste um die deutsch-türkischen Beziehungen die Ehrendoktorwürde der Nah- und Mittelost-Universität Ankara erhalten. Im Rahmen der Feierlichkeiten wurde der

CDU-Politiker vom türkischen Staatspräsidenten **Kenan Evren** und von Ministerpräsident **Turgut Özal** empfangen.

Prof. Dr. Ernst Benda, früherer Präsident des Bundesverfassungsgerichts, wird am 11. Oktober 1985 der Hermann-Ehlers-Preis verliehen. Der Preis zum Andenken an den 1954 verstorbenen ehemaligen Oldenburgischen Oberkirchenrat, Bundestagspräsidenten und Gründungsvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Hermann Ehlers, wird jährlich an verdiente Persönlichkeiten des kirchlichen und politischen Lebens verliehen. Zu den bekanntesten Preisträgern gehören der evangelische Theologe **Prof. Dr. Helmut Thielicke**, der frühere Militärbischof und Bonner EKD-Beauftragte, **D. Hermann Kunst**, der ehemalige Außenminister und langjährige Bundesvorsitzende des EAK (1955–1978), **Dr. Gerhard Schröder** sowie der Leiter des Christlichen Jugenddorfwerkes, **Prof. Arnold Dannemann**.

Peter Hintze, Bundesbeauftragter für den Zivildienst beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, war im Februar erstmals zu einem offiziellen Besuch beim Diakonischen Werk der EKD in Stuttgart. Nach einem Gespräch mit Präsident **Karl Heinz Neukamm** besuchte er Zivildienstleistende in der Evangelischen Gesellschaft. Dabei stellte er in Stuttgart fest: „Eine Einsatzplanung im Verteidigungsfall gibt es für Zivildienstleistende nicht.“

Bundesweit sind in der Diakonie gegenwärtig rund 12.500 Zivildienstleistende beschäftigt.

Prof. Dr. Roman Herzog, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts und EAK-Bundesvorsitzender in den Jahren 1978–1984, **Jürgen Warnke** (CSU), Bundesentwicklungshilfeminister, und **Peter Hahne**, Mitglied der Chefredaktion Politik des Saarländischen Rundfunks, wurden durch den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in die sich am 21. Mai in Berlin konstituierende EKD-Synode berufen.

Prälat Heinz-Georg Binder, Bonner Bevollmächtigter des Rates der EKD, hat den 8. Mai 1945 als Neuanfang bezeichnet, der zur Wachsamkeit gegenüber bedrohlichen Entwicklungen verpflichtete. Wie Prälat Binder bei einer Veranstaltung des Arbeitskreises „Sicherung des Friedens“ sagte, hätten ihn die damaligen Erfahrungen skeptisch werden lassen, und er

glaube nicht, „daß sich das alles nie und nirgendwo auf der Welt wiederholen könnte“. Warnzeichen, die besondere Beachtung verdienen, sind nach seiner Darstellung ein Verfall der politischen Kultur, bedingungsloses Parteigängertum, das Auftreten aufgebrachter oder begeisterter Menschenmassen sowie eine Zunahme von „Menschen in der Politik, deren Charakter ich nicht zu erkennen vermag“.

Binder, der an dem kürzlich gemeinsam vom DDR-Kirchenbund und der EKD vorgelegten „Wort zum Frieden“ mitgearbeitet hat, bezeichnete dieses Dokument als eine Aufforderung, die heutigen Lebenswirklichkeiten in beiden deutschen Staaten als „Pflicht zur Gestaltung und Mitverantwortung“ anzunehmen. Wörtlich sagte der Prälat: „Geschichte ist nach vorn immer offen. Man kann nicht die Vergangenheit zum Ziel machen und in die Zukunft projizieren, aber die Gegenwart als bloßes Provisorium mißfachten.“

Die Veranstaltung des Arbeitskreises „Sicherung des Friedens“ unter Vorsitz von **Staatsminister Friedrich Vogel** (CDU) galt dem Thema „8. Mai 1945 – Ende und Neuanfang“. Der Kreis versteht sich als Alternative zu pazifistischen Gruppen wie der Initiative „Ohne Rüstung leben“ und befürwortet „Friedensdienst mit und ohne Waffen“.

(Anschrift des Arbeitskreises „Sicherung des Friedens e.V.“: Colmantstraße 5, 5300 Bonn 1 (Tel. 0228/65 59 59) – Geschäftsführer: Hubert Wilke)

Prof. Eberhard Jüngel, Ordinarius für Systematische Theologie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät Tübingen, wurde auf Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion zum stellvertretenden Mitglied des Staatsgerichtshofs Baden-Württemberg gewählt. Er ist der Nachfolger des vor kurzem verstorbenen Theologieprofessors **Ernst Steinbach**.

Reinhard Gramm, Militärgeneraldekan und Leiter des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr in Bonn, ist vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet worden. Damit würden, so heißt es in der Verleihungsurkunde, die Aktivitäten des Theologen um das Miteinander von Soldaten und evangelischer Kirche ebenso gewürdigt wie seine besonderen Verdienste bei der Heranziehung und Einführung neuer Militärseelsorger.

Marianne Freifrau von Weizsäcker, Gattin des Bundespräsidenten, hat die Schirmherrschaft über den „Bundesver-

band der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher“ (BVEK) übernommen. Diese Entscheidung ist von der Evangelischen Kirche und der Diakonie nahestehenden Elternkreisen mit Freude und Dankbarkeit begrüßt worden. Seit 1979 fördert der Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe im Diakonischen Werk der EKD mit Sitz in Kassel die Selbsthilfearbeit von Eltern in Drogenfragen. Der 1973 gegründete BVEK umfaßt heute über 55 überkonfessionell organisierte Gruppen im Bundesgebiet.

Wilhelm Hundhausen, Siegener Bauunternehmer, hat vor dem Verband Christlicher Kaufleute auf die besondere Verantwortung christlicher Unternehmer im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hingewiesen. Sie sollten bereit sein, zusätzliche Mitarbeiter einzustellen. Hundhausen appellierte an die Teilnehmer einer Tagung in Wilnsdorf, für die Gewerkschaften und ihre Verantwortlichen zu beten, um so das Klima zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu verbessern.

Dr. Hans-Gert Pöttering (CDU), hat sich auf einem europapolitischen Kolloquium in der Evangelischen Akademie Loccum für ein „Mit-Gesetzgebungsrecht“ des Europäischen Parlamentes in Fragen

des Umweltschutzes ausgesprochen. Hans-Gert Pöttering ist Vorsitzender der Europa-Union Niedersachsen. Demgegenüber äußerte **Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf**, einer der Vorsitzenden der Regenbogen-Fraktion (Grüne) im Europa-Parlament, Zweifel daran, daß eine Stärkung der Kompetenzen des Parlaments Verbesserungen im Umweltschutz bringen würde. Die Europäer seien auf dem Weg zur dritten Wirtschafts- und Militärsupermacht, statt sich auf ihre eigenen Ressourcen zu beschränken, sagte der Abgeordnete der Grünen.

Horst Niggemeier, SPD-Politiker und Gewerkschafter, hat sich gegen eine Beteiligung an der Friedensbewegung ausgesprochen. Im Informationsdienst des Arbeitskreises „Sicherung des Friedens“ (Bonn) schreibt der Bürgermeister der Stadt Datteln und Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung „Einheit“, der Frieden könne nur durch zielstrebige politische Verhandlungen gesichert werden „und nicht durch Demonstrationen und Manöverbehinderungen“. Niggemeier fragt:

„Wo kann der Sinn darin liegen, wenn ich als Sozialdemokrat neben einem Kommunisten an einem sogenannten Friedensmarsch in der Bundesrepublik teilnehme?“

Der eine habe „in seinem Marschgepäck den Grundwert Freiheit“, der andere lasse seine „ungebrochene Freiheitsfeindlichkeit dort erkennen, wo er sich – wie aus dem DKP-Programm mühelos herauszulesen ist – ausdrücklich zur Politik der Sowjetunion bekennt“. Zum Frieden gehöre die Freiheit, denn „ohne Freiheit gibt es keine Demokratie und auch keine Sozialdemokratie“. Nur „wehrhafte Demokratien“ könnten die Freiheit ihrer Bürger sichern und ihre staatliche Souveränität erhalten. Die Verteidigungsfähigkeit sei nur zu erhalten, wenn die Bürger konsequenter als bisher dafür einträten. Die sowjetische Propaganda ist nach den Worten des SPD-Politikers Niggemeier im Westen „nicht ganz erfolglos“ geblieben. Viele Bürger empfänden die zur Abschreckung aufgestellten Waffensysteme der Nato als eine größere Bedrohung als die gegen Westeuropa gerichteten Raketen der Sowjets. Niggemeier: „Waffen kann man nicht weg-wünschen, man muß sie auf beiden Seiten wegreduzieren. Und dies durch Verhandlungen.“

Dem Arbeitskreis „Sicherung des Friedens“ stehen der Bochumer Theologe **Prof. Dr. Günter Brakelmann** (SPD) und der Staatsminister im Bundeskanzleramt und stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, **Friedrich Vogel**, vor.

Buchbesprechungen

„Sind wir noch zu retten? Ein Bundestagsabgeordneter schreibt an seinen 19jährigen Sohn, der sich Sorgen um die Zukunft macht“, **Peter Petersen**, Burg Verlag, Stuttgart, Bonn 1985, 224 Seiten, 24,80 DM.

„Sind wir noch zu retten?“, diese bange Frage seines 19jährigen Sohnes versucht der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Petersen in seinem kürzlich erschienenen Buch zu beantworten. Er nimmt Stellung zu wichtigen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Aufgrund seiner langjährigen Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag verfügt der Autor in diesen Bereichen über Detailkenntnisse und einen besonders hohen Informationsstand. Die Krisengebiete dieser Welt, Südafrika, Mittelamerika oder die Philippinen kennt Petersen aus eigener Anschauung. So macht er als offizieller Beobachter 1980 die Wahl in Rhodesien, dem heutigen Zimbabwe, mit und lernt die Hintergründe von Bürgerkrieg und Wahlkampf kennen.

Immer wieder begegnet er Ungerechtigkeit und Unterdrückung und muß sehen, daß überall dort die Chancen des Kommunismus steigen: „Und man kann den Menschen tausendmal sagen, daß der Kommunismus weder eine Antwort gibt auf Korruption und Armut noch auf Haß und Angst. Aber wenn das stimmt, dann werden wir natürlich gefragt, ob wir eine Antwort haben, und auch da, und vor allem da sprechen unsere Taten lauter als alle Worte.“

Petersen ist stets um eine überzeugende Darstellung der Problematik bemüht. Dabei widmet er sich vielleicht ein wenig zu ausführlich der Weltstrategie in Ost und West.

Das Buch lebt von der Schilderung sehr persönlicher Erfahrungen und Begegnungen. Petersen, geboren in Deutschland 1926, wagt es in einer jüdischen Synagoge zu bekennen: „Ich bin als begeisterter Hitlerjunge aufgewachsen.“ Erst dieser Mut zur Wahrheit, der zunächst Ablehnung und Empörung hervorruft, ermöglicht schließlich das offene Gespräch. Lesenswert ist auch die Geschichte seiner Begegnung mit einem Sowjet-Funktionär in Afrika, ihre sich anbahnende Freundschaft und deren abruptes Ende.

„Sind wir noch zu retten?“ ist eine gelungene Mischung aus Erzählung, Information und Argumentation. Das Buch stellt eine überzeugende Form der Auseinander-

setzung zwischen der jungen und der älteren Generation vor. Es kann Eltern eine Orientierungshilfe sein, die sich schwer tun in der Diskussion mit ihren Kindern, die sich vielleicht unversehens – wie Petersen – mit politischen Meinungen evangelischer Pfarrer oder anderer Gruppen konfrontiert sehen.

„Sind wir noch zu retten?“ wurde von Frau **Birgit Heide** vorgestellt. Frau Heide hat an der Universität Bonn Ev. Theologie und Germanistik studiert und das Studium mit dem 1. Staatsexamen und der Prüfung zum Magister Artium abgeschlossen. Frau Heide wohnt in Meckenheim und ist dort in der Evangelischen Kirchengemeinde seit langem im Bereich der Jugendarbeit tätig. Nach einem Praktikum bei der Deutschen Welle in Köln ist sie seit dem 1. April Referentin der Bundesgeschäftsstelle des EAK der CDU/CSU.

„CIVIS – Vierteljahresschrift für freie Bürger in einem freiheitlichen Staat“, Heft 2/85, 8,80 DM, Verlag Union Aktuell, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3 (Jahresabonnementspreis 31,20 DM; dieser Preis reduziert sich für Studenten bei Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung auf 14,- DM. Kostenlose Probeexemplare können beim Verlag angefordert werden).

„Freie Bürger in einem freiheitlichen Staat“ sind die Zielgruppe, für die die Vierteljahresschrift „CIVIS“ erscheint. Anfang 1983 mit renommierten, aber auch und gerade als Forum junger Autoren gestartet, bemüht sich die Redaktion um den amtierenden Chefredakteur Karl-Heinz Resch, Wegmarken in die zunehmende Orientierungslosigkeit zu schlagen, die unsere Zeit vor allem anderen auszeichnet. Sie versteht sich dabei auch als Instrument des Dialogs zwischen den Generationen und innerhalb dessen, was gemeinhin pauschal als die Jugend bezeichnet wird. Gerade zum Evangelischen Kirchentag Anfang Juni in Düsseldorf soll dies Gespräch intensiviert werden mit den Beiträgen u. a. von Focko Weberling, „Unser tägliches Brot Geschenk und Aufgabe“, Raymond Aron, „Die Intellektuellen und die Politik“, und Knut Cäsar zu aktuellen Problemen der Entwicklungspolitik.

„Kernwaffen und Christliche Moral – Zehn christliche Positionen zur Nuklearrüstung“. Herausgegeben von Ethics and Public Policy Center, Washington, Günter Olzog Verlag München in Kooperation mit dem Verlag SOI Bern, 154 Seiten, kart. 28,- DM.

Diesem Sammelwerk, das gleichzeitig in Washington in englischer Sprache erscheint, liegen die Ergebnisse von drei Konferenzen zugrunde, die das Ethics and Public Policy Center, Washington, im Laufe des Herbstes 1983 in repräsentativer internationaler Besetzung durchgeführt hat. Aus christlicher Verpflichtung beteiligten sich bei diesen Konferenzen Theologen und Juristen aus Europa und Amerika an der Erörterung der Frage, wie man in Friedenszeiten das Vorhandensein der Kernwaffen nutzen kann, um eine wirksame Abschreckung gegen eine Aggression zu erreichen. Gleichzeitig aber sind sich diese Christen darüber im klaren, daß die entsprechenden Waffen und Pläne für ihren Einsatz im Krieg bereitgehalten werden müssen, um eine Aggression zu beenden, wenn die Abschreckung fehlschlagen sollte. Trotz zum Teil kontroverser Argumentation sind sich die Autoren im Ziel ihres Bestrebens einig: „Nächstenliebe legt es dem Christen auf, zuerst Frieden zu suchen, nicht aber auf Kosten unverzichtbarer Werte oder sogar durch Aufopferung seines Volkes.“

In dem sehr eindrucksvollen Band referiert zunächst Stephen Haseler, Verwal-

tungswissenschaftler aus London und Gründungsmitglied der Sozialdemokratischen Partei des Vereinigten Königreiches, über die Geschichte der Kernwaffenfrage. Es folgt ein Beitrag über Ethik, Rüstungskontrolle und die Realitäten der Weltlage als Rahmen für eine verantwortliche Kernwaffenpolitik von Sven Kraemer, dem Leiter der Abteilung Rüstungskontrolle im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten. Kraemer, der seit der Regierung Kennedy im Bundesdienst ist, weiß wovon er spricht. Er macht deutlich, wie bereitwillig die Amerikaner dem Versprechen der Sowjetunion geglaubt haben und sich damit in die jetzige Situation brachten. Michael Novak, Washington, und J. Bryan Hehir, Professor für Ethik und internationale Politik an der Georgetown-University, setzen sich vehement mit der in dem Hirtenbrief der amerikanischen katholischen Bischöfe zum Ausdruck gekommenen Position auseinander. Frans A. M. Alting von Geusau, Professor für Recht der internationalen und europäischen Organisationen an der Katholischen Universität Tilburg, Niederlande, untersucht unter dem Titel „Macht über Menschen und Frieden zwischen Völkern“ die ethischen Belange im nuklearen Zeitalter. Robert A. Gessert, Mit-Vorsitzender des International Council an Christian Approaches to Defense and Disarmament, stellt nachdenkenswert Überlegungen über den Ersteinsatz nuklearer Waffen durch die NATO an. Michael Novak, Professor am American Enterprise Institute in Washington, konfrontiert die Bischöfe mit der sowjetischen Wirklichkeit. Richard John Neuhaus, Direktor des Center of Religion and Society in New York, geht der Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Politik in demokratischen Gesellschaften nach. Die deutschen Mitarbeiter: Professor Dr. Wolfhart Pannenberg, Professor für Systematische Theologie in der evangelischen theologischen Fakultät der Universität München, verfaßte einige Bemerkungen zur öffentlichen Besorgnis über den nuklearen Rüstungswettlauf besonders in Deutschland und über die Stellungnahmen der Kirchen dazu. D. Erwin Wilkens, bis vor kurzem Theologischer Vizepräsident der Kirchenkanzlei der EKD, behandelt eingehend die Problematik der christlichen Ethik im Dilemma der Weltpolitik. Eduard R. Norman, Dekan am Peterhouse College, Cambridge, ist der Verfasser des abschließenden Beitrages dieses Bandes, der unter dem zusammenfassenden Titel „Kernwaffen und Christliche Moral“ steht.

Nach den zahlreichen Veröffentlichungen, in denen die militärischen Aspekte sowie die der politischen Abschreckungstheorie im Vordergrund standen, ist diese Veröffentlichung von besonderem Wert, zwingt sie doch, aus den emotionalen Engagements herauszutreten und mit klarem Verstand abzuwägen und zu urteilen, ohne dabei die christliche Verpflichtung zu verlassen.

„Erfüllte Jahre“, Marion Stroud, Brunnen Verlag Gießen, 64 Seiten mit vielen farbigen Fotos, 24,- DM.

Eine Siebenjährige schreibt:

„Eine Großmutter ist eine Frau, die keine Kinder hat und deswegen die kleinen Jungen und Mädchen von anderen Leuten liebhat. . . Ich kann jedem empfehlen, eine Großmutter zu haben; vor allem, wenn man keinen Fernseher hat. Schließlich sind Großmütter die einzigen Erwachsenen, die Zeit haben.“ Dieser Brief ist einer der vielen heiteren, nachdenklichen und ersten Texte, die diesen Bildband so wertvoll machen. Neben den stimmungsvollen Farbfotos finden sich Gebete, Gedichte und Gedanken, die älter werdenden und altgewordenen Menschen viel zu sagen haben. Die Text- und Bildauswahl macht deutlich, worum es der Autorin geht: die Schwierigkeiten und Probleme, aber auch die Freuden dieses Lebensabschnittes sollen zur Sprache kommen und bedacht werden, denn Älter-werden ist Gottes Angebot zum Reifer-werden.

„Wirtschaftsethik“, Arthur Rich, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, 270 Seiten, Geb. 38,- DM.

Artur Rich, bis 1976 Ordinarius für Systematische Theologie an der Universität Zürich mit Schwergewicht auf Sozialethik, Gründer und erster Leiter des Instituts für Sozialethik an der gleichen Hochschule und während mehrerer Amtsperioden Mitglied der „Kammer für Soziale Ordnung“ der EKD, gibt eine fundierte Einführung in die Probleme der gegenwärtigen Ethik-Diskussion. Von dort schlägt er einen Bogen über theologische Auseinandersetzungen bis hin zu eigenen ethischen Überlegungen, in denen er zeigt, wie in der wirtschaftlichen Realität Maximen gebildet und in „menschengerechter“ Weise in die Praxis umgesetzt werden können.

Von der Frage ausgehend, was Ethik überhaupt ist und in welcher Weise sie rational erforscht werden kann, lenkt Arthur Rich den Blick auf ethische Grundstrukturen menschlichen Zusammenlebens. Diese Dimension wird erweitert durch sozialwissenschaftliche Fragestellungen (u. a. einer Auseinandersetzung mit der Gerechtigkeitstheorie von John Rawls), die wiederum mit theologischen Auseinandersetzungen mit den Haupttypen der Argumentationen, die sich in diesem Jahrhundert herausgebildet haben (Karl Barth, Emil Brunner, Leonhard Ragaz u. a.), ergänzt werden.

Diesen Überlegungen fügt Arthur Rich seine eigenen Einsichten hinzu. Für ihn gilt das Kriterium des Menschengerechten, das einerseits die Rationalität und Praktikabilität ethischer Überlegungen ebenso garantiert wie eine Vermittlung mit theologischen Perspektiven ermöglicht. Das Buch schließt mit einer Erörterung sozial-ethischer Maximen, die ganz praktisch zwischen Normen und Realität vermitteln.

**Evangelische
Verantwortung**

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, Bundestagspräsident a.D.; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Staatsminister Friedrich Vogel, MdB ● Redaktion: Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon: (0228) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM, Einzelpreis 1,50 DM ● Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf ● Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

5931*0100-003896

16/ 9

**BLECKMANN, HANS
FROEBELSTR. 11**

2080 PINNEBERG-THESDORF

\$\$\$

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

TERMINE

5. bis 9. Juni 1985:

21. Deutscher Evangelischer Kirchentag.
„**Konkrete Politik im Kampf gegen
Hunger und Not für Gerechtigkeit und
Frieden in Freiheit**“, lautet das Motto,
unter dem Sie den Evangelischen
Arbeitskreis der CDU/CSU und die Junge
Union auf dem Markt der Möglichkeiten -
Halle 14 / Stand 4 A 09 - finden.
Sie sind herzlich eingeladen!



21. Deutscher Evangelischer
Kirchentag
Düsseldorf 1985
Geschäftsstelle
Oberhausener Straße 15
4000 Düsseldorf 30
Telefon 02 11 / 65 60 16

**GEMEINDE-
TAG UNTER
DEM WORT**

**29. LUDWIG-
HOFACKER-
KONFERENZ**



6. Juni 1985, 9.30-16.30 Uhr
Messe Stuttgart, Killesberg

**Nicht
vergeblich!**

Prospekte und Plakate
erhältlich beim Vorbereitungs-
büro Gemeindegottesdienst, Döbelstr. 14,
7000 Stuttgart 1
TEL. 0711/235251

14. bis 17. Juni 1985:

„**Wie offen ist die deutsche Frage?**“
Sommertagung des Politischen Clubs der
Evangelischen Akademie Tutzing
Anmeldungen: Evangelische Akademie
Tutzing, Postfach 227, 8132 Tutzing
(Tel. 08158/2510)

16. bis 17. Juni 1985:

„**Deutsche Außenpolitik im Spannungs-
verhältnis von Ethik, Völkerrecht und
Verfassung**“, lautet das Thema einer
Tagung der Evangelischen Akademie
Loccum.
Anmeldungen: Evangelische Akademie
Loccum, 3056 Rehbürg-Loccum 2
(Tel. 05766/810)